

Pressemitteilung der ATIK

Ein Jahr nach dem Erdbeben vom 6. Februar: Das Massaker dauert an!

Die Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) schreibt:

In der Türkei, Türkei-Kurdistan, Nord-Syrien und der demokratischen Region Rojava sind die Wunden des Erdbebens, das am 6. Februar 2023 stattfand, noch immer nicht geheilt. Nach offiziellen Angaben liegt die Anzahl der Todesopfer bei 50.783. Murat Kurum, der zum Zeitpunkt des Erdbebens Minister für Umwelt, Stadtplanung und Klimawandel war und derzeit für das Bürgermeisteramt in Istanbul kandidiert, gab in einem Fernsehinterview die Anzahl der Todesopfer mit 130.000 an. Dabei wissen wir, dass das Erdbeben aufgrund der Politik des türkischen Staates zu einer Katastrophe wurde. Die Erteilung von Baugenehmigungen durch Amnestien, die Schaffung minderwertiger Wohngebiete unter dem Deckmantel der Stadtentwicklung, Wohnungs- und Siedlungspolitiken, sowie das Ignorieren der notwendigen Standards in Erdbebenzonen unterstreichen dies. Die Verzögerung und mangelnde Organisation der Such- und Rettungsarbeiten nach dem Erdbeben waren ebenfalls Gründe für dieses Massaker.

Die faschistische AKP-Clique, die zuvor das von der Bevölkerung unter dem Namen „Erdbebensteuer“ gesammelte Geld mit der Behauptung: „Wir haben Straßen gebaut, wir haben Krankenhäuser gebaut“ auf ihre eigenen Konten überwiesen hat, stellt nach dem Erdbeben vom 6. Februar immer noch nicht den Verbleib von Hunderten Millionen Euro, die nach dem Erdbeben durch Fernsehshows gesammelt, von internationalen Hilfsorganisationen gesendet, aus dem Ausland überwiesen und vom Staat beschlagnahmt wurden, klar.

Ein Jahr nach dem Tod von zehntausenden von Menschen müssen immer noch Hunderttausende in Containern leben, ohne Zugang zu grundlegenden Notwendigkeiten wie Wasser, Elektrizität, Nahrung und Heizung. Darüber hinaus werden Personen, die ihre Probleme mit der Öffentlichkeit teilen, strafrechtlich verfolgt. Die Solidarität, die revolutionäre und demokratische Organisationen den vom Erdbeben betroffenen Menschen zeigen, wird weiterhin vom faschistischen Staat zu blockieren versucht. Der faschistische Staat, der wissenschaftliche Arbeit, geplante Urbanisierung und diesbezügliche Kontrollen abschafft und Menschen lediglich als billige Arbeitskräfte ohne jegliche sozialen Rechte betrachtet, ist und wird der alleinige Verantwortliche für die durch zukünftige Naturereignisse verursachten Katastrophen sein.

Ein weiteres wichtiges Problem sind die Vermissten, deren Körper noch nicht geborgen werden konnten. Laut offiziellen Angaben, die nach dem Erdbeben von 1999 in der Marmara-Region veröffentlicht wurden, betrug die Anzahl der Vermissten 5840 (obwohl bekannt ist, dass die tatsächliche Zahl höher ist). Es ist offensichtlich, dass diese Anzahl nach dem verheerenderen Erdbeben vom 6. Februar deutlich höher liegt. Zu diesem Thema wurden der Öffentlichkeit noch keine zuverlässigen Informationen bereitgestellt.

Nach den gemeldeten und bekannten Zahlen beträgt die Gesamtzahl der zerstörten Gebäude in den elf vom Erdbeben betroffenen Provinzen etwa 2,6 Millionen und die Zahl der betroffenen Wohnungen etwa 5,6 Millionen. Dies führt zu einem ernsthaften Wohnungsproblem. Auch ein Jahr später setzt sich das Wohnproblem der Menschen und die damit verbundenen hygienischen Probleme fort und verschlimmern sich. Die Gefahr von Masseninfektionen bleibt bestehen. Als Konföderation der Arbeiter*innen aus der Türkei in Europa (ATIK), Neue Frau (Yeni Kadın) und YDG - Neue Demokratische Jugend (Yeni Demokratik Gençlik) standen wir von Anfang an, mit all unseren Möglichkeiten, den vom Erdbeben betroffenen Menschen zur Seite. Der Geist der Solidarität, der im Moment der Katastrophe entstanden ist, steht auch heute als unsere Aufgabe vor uns. Unser Kampf gegen dieses System und die Machthaber, die Profit über das Leben der Menschen stellen, wird fortgesetzt. Wir haben gesagt, dass unsere Solidarität nicht nur

vorübergehend ist, und betonen erneut, dass unsere Solidarität in allen Bereichen anhält. Wir wissen, dass, wenn in einem erdbebengefährdeten Gebiet die notwendigen Arbeiten nicht durchgeführt werden und dieses gierige parasitäre System fortbesteht, neue Massaker unvermeidlich sind. Gemeinsam müssen wir den Kampf intensivieren, die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen und sie auf die Müllhalde der Geschichte verbannen!

Solidarität hält am Leben, Nachlässigkeit tötet!

Nicht das Erdbeben, sondern der Staat tötet!